



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 4, 24.11.2009

Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen

Ausbildungschancen für Jugendliche in Bremen

Reform des Bremischen Vergabegesetzes

Krank durch Asbest, aber nicht schlimm genug!

CleanShip-Netzwerk für die Metropolregion in den Haushaltsentwürfen 2010 und 2011 abgesichert!

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe informieren wir Sie wieder über aktuelle parlamentarische Initiativen zu Themen wie Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern, der Ausbildungssituation von Jugendlichen in Bremen und der nun endlich vollzogenen Reform des Bremischen Vergabegesetzes, die allesamt in dieser Woche in der Bürgerschaft debattiert wurden. Wir berichten Ihnen von unserer Diskussionsveranstaltung zur Anerkennung von Berufskrankheiten (am Beispiel von Asbestose), zu der wir Anfang November in die Bürgerschaft geladen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit!

Frauen verdienen in Deutschland brutto durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, in Bremen sogar 24 Prozent. Je älter die Beschäftigten sind, desto größer ist der Einkommensrückstand der weiblichen Beschäftigten. Dieses Lohngefälle existiert, obwohl die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen bereits 1957 in den Römischen Verträgen festgeschrieben wurde und in verschiedenen gesetzlichen Grundlagen und Vereinbarungen (Grundgesetz Art. 3, Gleichstellungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, EU-Richtlinien, Vereinbarung zwischen

www.gruene-fraktion-bremen.de

Bundesregierung und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft von 2001) geregelt ist. Dennoch zeichnet sich nicht ab, dass die Lohnkluft zwischen Frauen und Männern kleiner wird. Im Gegenteil, sie ist in einigen Sparten extrem hoch, wie z. B. in der Recycling-Branche (48 Prozent) oder im Tourismus (40 Prozent). Aktuelle Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass bei vollbeschäftigten ArbeitnehmerInnen die Entgelte der Frauen selbst dann im Durchschnitt 12 Prozent niedriger liegen als bei den Männern, wenn Beschäftigte innerhalb eines Betriebs mit der gleichen beruflichen Qualifikation, dem gleichen Beruf und im gleichen Alter miteinander verglichen werden. Die Lohnunterschiede in der Privatwirtschaft zwischen Männern und Frauen fallen weitaus größer aus als im öffentlichen Dienst.

In einer Großen Anfrage fragten wir den Senat nach Lohndiskriminierungen und forderten gemeinsam mit der SPD in einem Antrag, das Bundesgleichstellungsgesetz auf die Privatwirtschaft zu übertragen. Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin: „Es war uns ein Anliegen den Senat danach zu fragen, ob es dafür Ursachen in Tarifverträgen, Eingruppierungen, im Beurteilungswesen oder unterschiedliche Beurteilungen von typischen Frauenberufen und typischen Männerberufen gibt. Und die Senatsantwort stellt fest: Direkte Diskriminierung gibt es in Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes nicht. Dennoch gibt es Hinweise auf mögliche mittelbare Diskriminierung im öffentlichen Dienst.“ Hier nennt Schön zum Beispiel den Stufenrückschritt in der Laufbahn bei einer Unterbrechung der Arbeitszeit bis zu fünf Jahren, wovon meist Frauen in Elternzeit betroffen seien. Auch könne es in einigen Laufbahnen der Bundesbesoldungsordnung durch bessere Eingruppierungen technischer Laufbahnen zu Diskriminierungen kommen.

Silvia Schön stellt aber auch positive Veränderungen fest. So würden Erzieherinnen nach den letzten Tarifauseinandersetzungen im direkten Vergleich „staatlich geprüfter Techniker“ und „Erzieherin mit staatlicher Anerkennung“ jetzt besser bezahlt: „Es ist sehr erfreulich, dass es gelungen ist, den Erzieherinnen die entsprechende Anerkennung zu geben. Erfreulich ist auch, dass der Senat in den Richtlinien des Beurteilungswesens Diskriminierungen ausschließen kann. Nicht ausschließen kann er, dass es in der Anwendung Fehlbeurteilungen geben kann. Der Senat will das evaluieren, und das ist die richtige Antwort darauf.“ Um Diskriminierungen in der Privatwirtschaft gegenzusteuern, fordern Grüne und SPD u. a. die Ausweitung des Bundesgleichstellungsgesetzes auf die Privatwirtschaft: „Es hat sich gezeigt, dass die Landesgleichstellungsgesetze einen wesentlichen Beitrag zur Förderung von Lohngerechtigkeit leisten können. Aber ich bin mir sicher, dass zu einem späteren Zeitpunkt weitere Schritte folgen müssen, denn Deutschland liegt in der Gleichbehandlung von Frauen und Männern an siebttletzter Stelle in Europa.“

Und hier geht es zum Antrag, der am 18.11. in der Bürgerschaft beschlossen wurde:
http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/314/314873.antrag_gleiches_entgelt_fuer_gleiche_ar_b.pdf

Und hier zur Großen Anfrage:
http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/311/311260.antw_grosse_anfrage_gleichstellung_foerd.pdf

Ausbildungschancen sind Lebenschancen!

Für einen wachsenden Teil der Jugendlichen gestaltet sich der Übergang von der Schule in den Beruf schon seit Jahren nicht reibungslos. Besonders betroffen sind vor allem junge SchulabgängerInnen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss, Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber auch Jugendliche aus einkommensschwachen Elternhäusern. Um Wartezeiten zu überbrücken, werden sie zunächst auf Maßnahmen des „Übergangssystems“ verwiesen. Rein rechnerisch wird die Ausbildungsbilanz dadurch stabilisiert, weil die dorthin vermittelten Jugendlichen als „versorgt“ gelten. Die angebotenen Maßnahmen bieten aber keine Garantie für eine vollqualifizierende Berufsausbildung im Folgejahr, wodurch die Zahl der „AltbewerberInnen“ kontinuierlich ansteigt. Je länger der Schulabschluss zurückliegt, desto stärker wächst die Gefahr, dass die Jugendlichen ganz ohne Ausbildung bleiben.

„Die Senatsantwort auf unsere Große Anfrage „Ausbildungssituation für Jugendliche im Land Bremen“ macht deutlich, dass zwar weniger Ausbildungsverträge als im letzten Jahr abgeschlossen wurden, aber vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise größere Einbrüche zu erwarten waren“, so Silvia Schön. „Bremen steht besser da als der Bundesdurchschnitt.“

Allerdings, so Schön, wurden in Bremen von der Arbeitsagentur über 500 Ausbildungsplätze weniger als im Vorjahr gemeldet, und gleichzeitig haben sich 1.100 junge Menschen weniger um einen Ausbildungsplatz beworben: „Dieser Bewerberschwund gibt Rätsel auf, denn in der Schule sind sie nicht geblieben und in Ausbildungsverträgen nicht gelandet. Hier ist dringend Aufklärung notwendig, aber darum wollen sich der Senat und das Bündnis für Arbeit auch bemühen.“ Eine erste Zwischenbilanz der Bremer Vereinbarung 2008-2010 zeigt, dass viel erreicht wurde, aber es auch noch viele Herausforderungen gibt: Es wurden mehr Ausbildungsplätze als vereinbart akquiriert, Maßnahmen für die Ausbildungs- und Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen wurden getroffen, aber es gibt weiterhin eine große Anzahl an AltbewerberInnen, und die Anerkennung von Berufsvorbereitungsmaßnahmen auf die Ausbildung ist noch eine große Herausforderung, Warteschleifen zu vermeiden. Für die Jahre 2011-2013 soll der Senat wiederum als Partner einer zu schließenden neuen Bremer Vereinbarung handeln.

„Wir müssen in Bremen und Bremerhaven daran arbeiten, dass wir genügend Ausbildungsplätze haben, denn Ausbildungschancen sind Lebenschancen“, fordert Silvia Schön abschließend. „Ausbildungsplätze werden in erster Linie in der Wirtschaft geschaffen. Da liegt die Verantwortung. Der Senat hat in seinem Verantwortungsbereich vieles auf den Weg gebracht und die Anzahl der Ausbildungsplätze steigern können. Und das ist ein gutes Signal an die Jugend.“

Für das Jahr 2010 sieht Schön vor allem drei Herausforderungen:

- Mehr Ausbildungsplätze akquirieren,
- mehr tun für die AltbewerberInnen,
- die Berufsvorbereitung für eine künftige Ausbildung anerkenubar machen.

Mehr unter http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/312/312753.antw_grosse_anfrage_ausbildungssituation.pdf

Soziale und ökologische Reform des Bremischen Vergaberechts

Das neue Gesetz zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe (Tariftreue- und Vergabegesetz) tritt ab sofort in Kraft. „Wir haben jetzt ein Gesetz, das die Einhaltung von Tarifverträgen stärkt und den Mindestlohn dort, wo es möglich ist, festschreibt“, erläuterte Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin. Das Gesetz sieht auch vor, dass bei wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten diejenigen Unternehmen den Zuschlag bekommen, die ausbilden, tariflich entlohnen und wenigstens den Mindestlohn zahlen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern als Unternehmensziel haben und die Schwerbehinderte beschäftigen.“

Außerdem werden bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen ökologische und soziale Maßstäbe angelegt: „Künftig werden wir nur noch Waren beziehen, bei deren Herstellung die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beachtet werden. Also Waren, die – soweit wir das feststellen können – nicht durch Kinderarbeit zustande gekommen sind. Wir werden mehr Möglichkeiten haben, um umweltfreundliche Standards bei der Beschaffung durchzusetzen. Die antiquierte Auffassung, umweltschonend ist gleich teuer, kann zurückgewiesen werden. Und im Übrigen gilt auch, dass die Herausforderungen des Klimawandels und des Ressourcenschutzes sind nicht nur Herausforderungen für die anderen, sondern für uns alle.“

Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalition und CDU beschlossen. „Mit diesem Gesetz nehmen wir die Verantwortung wahr für fairen Wettbewerb, gegen Lohndumping und für soziale und ökologische Standards“, so Schön abschließend.

Zum Gesetz:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/315/315172.mitteilung_des_senats_bremisches_gesetz.pdf

Krank durch Asbest, aber nicht schlimm genug!

Unter diesem Titel lud die grüne Fraktion Anfang November zu einer ganztägigen Veranstaltung ein, bei der es um die Frage ging, welche Rolle Berufsgenossenschaften und Sozialgerichte bei der Anerkennung von Berufskrankheiten einnehmen. Die Resonanz war groß: Neben Fachleuten kamen auch viele Menschen in den Festsaal der Bürgerschaft, die selbst oder deren Angehörige unter einer Berufskrankheit leiden. Wir sind dabei, die Veranstaltung auszuwerten und parlamentarische Initiativen vorzubereiten. Deshalb hier nur kurz ein Vorabbericht:

Wer durch seine berufliche Tätigkeit krank wird, hat Anspruch auf Entschädigung. So sollte es zumindest sein. In der Praxis jedoch kämpfen viele Betroffene bei der

www.gruene-fraktion-bremen.de

Berufsgenossenschaft jahrelang um die Anerkennung ihrer Krankheit als Berufskrankheit. Nicht alle haben die Kraft, vor Gericht zu ziehen und ihre Ansprüche durchzusetzen. Aber selbst wenn sie es versuchen, sind die Urteile oft niederschmetternd. Viele Asbestopfer und ihre Angehörigen warten bis heute auf Entschädigung.

Dr. Wolfgang Hien, Arbeitswissenschaftler und Autor der Studie „Ein neuer Anfang war's am Ende nicht – Zehn Jahre Vulkan-Pleite“, gab einen eindrucksvollen Einblick darüber, was aus den Menschen geworden ist, die zusätzlich zu der ohnehin körperlich erschöpfenden Arbeit auf der Werft zum Teil jahrzehntelang mit Asbestfasern in Kontakt gekommen sind. Professor Dr. Hans-Joachim Woitowitz, stellvertretender geschäftsführender Direktor des Medizinischen Zentrum Ökologie der Universität Gießen und Facharzt für Sozial- und Umweltmedizin, hob in seinem Vortrag hervor, dass die medizinische Begutachtung von Berufskrankheiten als die „Achillesferse“ der Gesetzlichen Unfallversicherung gilt, da Gutachtern durch ihre enge Verknüpfung mit Berufsgenossenschaften häufig die Unbefangenheit fehle.

Dies war u.a. Thema des „Runden Tisches“ im zweiten Teil der Veranstaltung, der mit VertreterInnen von Berufsgenossenschaft, Krankenkasse, Gewerkschaft, Bundesversicherungsamt, Landesgewerbeamt und Silvia Schön als Vertreterin der Grünen in der Lage war, nahezu alle Seiten der Problematik zu beleuchten, aber auch die Stellen zu benennen, an denen ein konkreter Handlungsbedarf besteht. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe unseres Newsletters.

Aufbau eines Netzwerks CleanShip für die Metropolregion in den Haushaltsentwürfen 2010 und 2011 abgesichert!

Die grüne Fraktion hat auf Initiative ihres hafen- und wirtschaftspolitischen Sprechers Frank Willmann den Aufbau eines Netzwerks CleanShip für die Metropolregion im Rahmen der koalitionären Haushaltsberatungen auf finanziell sichere Füße gestellt. In den Jahren 2010 und 2011 werden jeweils 50.000 Euro für die Steuerung dieses Prozesses im Wirtschafts- und Häfenressort veranschlagt. Damit kann der im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Häfen und des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa fertiggestellte Bericht **„Ermittlung der Rahmenbedingungen und Potenziale der maritimen Wirtschaft in der Metropolregion Bremen/Oldenburg für die Entwicklung einer CleanShip-Initiative“** der GAUSS GmbH vom 25.8.2009 als Grundlage für ein weiteres Handeln dienen. Dieser Bericht zeigt deutlich auf, dass nachhaltige Innovationen und deren Erfolge am Markt Strategien brauchen, die möglichst viele Stakeholder (intern: MitarbeiterInnen, ManagerInnen, EigentümerInnen der interessierten Unternehmen, extern: Zulieferer, Kunden, Gläubiger, gesellschaftliche und staatliche Institutionen) in der Region vernetzen können.

In ihrem Fortschrittsbericht über die Integrierte Meerpolitik der EU (IMP) vom 15.10.2009 erklärt die Europäische Kommission, dass eine intensivere und erneute Ausrichtung auf eine integrierte Meerpolitik für die Küstenregionen in Europa unausweichlich ist und spricht von einer „kohärenten, umfassenden Wirtschaftsagenda“ im Bereich der Meerpolitik. Besonders hervorgehoben wird dabei auch das Projekt CleanShip. Damit ist Bremen das erste Bundesland, das dieses wichtige Thema mit einem eigenen Haushaltstitel belegt, gleichzeitig wird

auch die Relevanz für Bremen im Rahmen einer integrierten Meerespolitik gestärkt.

Die oben genannte Potenzialanalyse der GAUSS GmbH weist u.a. die Emissionsminderung von Schiffen, die Ballastwasserbehandlung, die Energieeffizienz und die umweltgerechte Verschrottung als erste Hauptinteressensfelder in der Metropolregion aus. Mit diesen Feldern im Zentrum soll ein Netzwerk Clean Ship aufgebaut und verstetigt werden, um gemeinsam an den Herausforderungen der maritimen Umweltwirtschaft und Wirtschaft zu arbeiten.

Eine erste Konferenz zu diesem Thema wird für Januar in Bremerhaven geplant. Dort sollen die Ergebnisse der Studie den TeilnehmerInnen dargestellt und gleichzeitig erste drängende Probleme thematisiert werden.

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-902_85e.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.